

Russland und der Nordkaukasus im Umfeld des globalen Jihadismus

Uwe Halbach

Russland tritt als Protagonist internationaler Terrorismusbekämpfung auf und begründet damit seinen Militäreinsatz in Syrien. Vom Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs 1999 bis ins Jahr 2013 sah es sich mit 75 größeren Terroranschlägen auf seinem Staatsgebiet konfrontiert, die Hunderte Zivilisten das Leben kosteten. Verantwortlich dafür war eine über Tschetschenien hinausgehende Aufstandsbewegung im Nordkaukasus. Aus dieser Region kommen in den letzten drei Jahren zwiespältige Nachrichten. Einerseits heißt es, der bewaffnete Untergrund sei deutlich geschwächt und zersplittert. Andererseits verlagerte sich der regionale Jihad, der sich als »Kaukasus-Emirat« manifestiert hatte, auf die globale Ebene, weil Kämpfer aus der Region sich islamistischen Milizen in Syrien und Irak anschlossen. Von dauerhafter Stabilität ist der Nordkaukasus wohl noch entfernt. Das zeigte zuletzt eine Serie von Anschlägen auf Sicherheitskräfte in Tschetschenien im Dezember 2016 und im März 2017. Zudem stellt sich für Russland, seine Nachbarn im Kaukasus und in Zentralasien wie auch für Europa die Frage, wie viele Jihadisten aus dem nun schrumpfenden IS-Territorium in ihre Heimatregionen zurückkehren werden.

Gewaltzwischenfälle am Südrand der Russischen Föderation gingen 2014 um 46% und 2015 um weitere 51% zurück, wie das bekannteste einschlägige Informationsportal Kavkazskij Uzel mitteilt. Auch im Global Terrorism Index, der die Einwirkung des Terrorismus je nach Land misst, spiegelt sich diese Entwicklung wider. Demnach stand Russland 2011 noch an neunter Stelle hinter mittelöstlichen, afrikanischen und südasiatischen Staaten, weit vor jedem westlichen Land. Im Jahr 2016 rangierte es dagegen nur noch auf Platz 30 hinter

Frankreich (Platz 29), aber vor Großbritannien (Platz 34) und den USA (Platz 36).

Für den Rückgang der Gewalt im Nordkaukasus werden unterschiedliche Gründe angeführt. Russische Sicherheitsorgane weisen auf gesteigerte Effizienz bei der Bekämpfung des bewaffneten Untergrunds. In den letzten Jahren wurden dessen militärische und ideologische Führer in hoher Zahl bei gezielten Einsätzen von Eliteeinheiten getötet. Das »Kaukasus-Emirat« wurde innerlich gespalten, da viele seiner Führer sich von al-Qaida abwandten und dem »Isa-

mischen Staat« (IS) oder anderen Milizen in Syrien Treue schworen. Außerdem hieß es, russische Sicherheitsorgane hätten die Abwanderung von Kämpfern in den Mittleren Osten vorübergehend geduldet, wenn nicht sogar gefördert, um im eigenen Revier für Entlastung zu sorgen – besonders vor der Winterolympiade in Sotschi 2014. Seit 2016 sinkt die Jihad-Migration in den Mittleren Osten, da die Ressourcen des IS schrumpfen. Seine Anziehungskraft auf die nun zersplitternde Untergrundbewegung des Nordkaukasus hatte der IS in erster Linie seiner Territorialherrschaft zu verdanken, die in seinem Kerngebiet aber inzwischen zurückgedrängt wird.

Auswanderung nach Syrien und Irak

Angaben über die Zahl der aus Russland, dem Kaukasus und Zentralasien stammenden Kämpfer in Syrien und Irak gehen weit auseinander und sind nicht verlässlich. Das russische Innenministerium bekundete, bis Dezember 2015 hätten sich 2800 russische Staatsbürger islamistischen Kampfeinheiten in Syrien und Irak angeschlossen. Verteidigungsminister Schoigu teilte 2016 mit, bis dato seien allein 2000 »Banditen« aus Russland beim russischen Militäreinsatz in Syrien getötet worden. Unter der Flagge des IS sollen bis zu 7000 Jihadisten aus Russland und anderen GUS-Staaten kämpfen, so Jewgenij Sysojew, ein stellvertretender Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB. Allein aus Dagestan stammten 1200 dieser Kämpfer, ließ die größte nordkaukasische Teilrepublik im Dezember 2016 offiziell verlauten. Auch Zahlenangaben aus Aserbaidschan und aus zentralasiatischen Staaten weichen stark voneinander ab. Auf einer Konferenz in Baku sprach der Chef des aserbaidchanischen Staatssicherheitsdienstes im März 2017 von 900 Bürgern seines Landes, die sich nach Syrien in islamistische Kampfverbände begeben hätten. Noch im Dezember 2016 hatte ein Leiter der staatlichen Religionsbehörde mit Verweis auf sicherheitspolitische Quellen behauptet, unter allen Staaten mit muslimischer Bevölkerung

weise sein Land die geringste Beteiligung an dortigen Kampfformationen auf. Aus Usbekistan wiederum haben sich laut dem dortigen Staatssicherheitsdienst 500 bis 600 Staatsbürger dem IS in Syrien angeschlossen, während türkische Quellen von Tausenden usbekischen Kämpfern sprechen. Trotz derart divergierender Angaben spricht einiges dafür, dass ein großer Teil der »foreign fighters« in Syrien, deren Zahl das US-Außenministerium im Juni 2016 auf 40 000 aus 100 Ländern schätzte, aus Russland und seinem »nahen Ausland« im postsowjetischen Raum stammt.

Russlands Islamismus-Zone

Aus europäischer Sicht ist es bemerkenswert, dass jihadistische Dynamiken im Raum der ehemaligen Sowjetunion sich nicht am stärksten in Zentralasien nördlich von Afghanistan entfaltet haben, sondern in Europas Nachbarschaft am kaukasischen Südrand Russlands. Aufgrund dessen rangierte Russland im Global Terrorism Index weit vor postsowjetischen Staaten mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung. Ein Prozess »islamischer Wiedergeburt« verband den Raum der ehemaligen Sowjetunion mit der islamischen Außenwelt, von der muslimische Regionen in sowjetischer Zeit abgeschnitten waren. Dabei erstarkten auch militante Kräfte, allerdings von Region zu Region in unterschiedlichem Ausmaß. In Aserbaidschan etwa ist die Bevölkerung trotz Wiederentdeckung islamischer Geschichte und Tradition in einem säkularen Nationalbewusstsein verwurzelt. Dort halten sich islamistische Herausforderungen in engen Grenzen, anders als im benachbarten östlichen Teil des Nordkaukasus. Der europäische Blick auf diese Region war lange Zeit auf Tschetschenien beschränkt. Erst seit Mitte der 2000er Jahre hat er sich auf andere Teile des Nordkaukasus ausgeweitet, nachdem ein islamistischer Untergrund dort ethnische Siedlungs- und Republikergrenzen überschritten hat.

Historischer Rückblick

Im Jahr 2007 rief der letzte tschetschenische Untergrundpräsident Doku Umarow ein islamisches »Kaukasus-Emirat« aus. Dass dieser virtuelle Gottesstaat sich besonders im östlichen Teil des Nordkaukasus manifestierte, hat historische Gründe. Diese Region war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Kerngebiet eines islamisch motivierten antikolonialen Widerstands, der das Zarenreich in den bis dahin längsten Krieg der Geschichte seiner kolonialen Ausdehnung verwickelte. Islamische Führer waren bemüht, nordkaukasische Bergvölker im Widerstand zu vereinen und ihm eine staatliche Organisationsform zu verleihen. Den Höhepunkt erreichte dieser Prozess in einer politischen Entität, die sich als islamischer Staat präsentierte. An seiner Spitze stand der dagestanische Imam Schamil, der den Widerstand von 1834 bis zur Kapitulation 1859 anführte.

Die sowjetische Nationalitätenpolitik setzte vorwiegend auf ethnisch-linguistische Zuordnung, konnte aber die islamische Symbolik der vornationalen Periode nicht verdrängen. In Dagestan und Tschetschenien war es nicht ungewöhnlich, dass hohe Parteifunktionäre Sufi-Bruderschaften angehörten. Solche Mitgliedschaft fußte allerdings auf ethnischen und tribalen Zuordnungskriterien und trug noch keinen panislamischen Charakter, denn dafür waren sowjetische Muslimregionen zu sehr von der islamischen Außenwelt abgeschottet. Das änderte sich in der nachsowjetischen Zeit, in die der Nordkaukasus mit der tschetschenischen Sezessionsbewegung eintrat. Zwar richtete diese sich in erster Linie auf nationale Unabhängigkeit und ihr Führer, der ehemalige sowjetische General Dschochar Dudajew, war alles andere als eine religiöse Autorität. Aber schon im ersten Tschetschenienkrieg von Ende 1994 bis August 1996 tauchte das Klischee des »Religionskrieges« auf, standen doch einige Kämpfer aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten dem bewaffneten Widerstand gegen die massive Militärintervention zur Seite. Nach diesem Krieg, der Tschetschenien in

Schutt und Asche gelegt hatte, verstärkte sich die religiöse, islamische Begründung eines Widerstands, der nun ethnische Grenzen überschritt. Dabei lehnten sich die Aufständischen an das historische Vorbild an. Gipfelpunkt dieser Entwicklung war das »Kaukasus-Emirat«, das zwar keine kompakte Territorialherrschaft ausübte, aber die Aktivitäten kleiner lokaler und autonom agierender Untergrundgruppen (Jamaat) ideologisch legitimierte. Das Emirat erklärte sich solidarisch mit dem globalen Jihad, überschritt aber mit seinen Aktivitäten nicht Russlands Grenzen. Bis etwa 2014 waren seine Führer loyal gegenüber al-Qaida. Das machte aus dem Kaukasus-Emirat aber noch keine regionale Filiale dieses Netzwerks, im Unterschied zu einigen Terrormilizen in Afrika, im Jemen und in anderen Regionen. Ausländische Kämpfer spielten in den Reihen des Emirats ebenso wenig eine nennenswerte Rolle wie nordkaukasische Kämpfer an auswärtigen Jihad-Fronten, etwa in Afghanistan. Erst mit der Auswanderung nach Syrien traten Kämpfer aus dem Nordkaukasus verstärkt in Kontakt zu einem globalen Jihadismus.

Gegenwärtige Lage

In internationalen sicherheitspolitischen Quellen wird die Lage im Nordkaukasus mit dem Begriff »low level insurgency« umschrieben. Seit gut zehn Jahren liegt das Epizentrum von Gewalt nicht mehr in Tschetschenien. Dort konnte der Kriegszustand überwunden und ein Wiederaufbau eingeleitet werden. In einem Prozess der »Tschetschenisierung« wurde die Aufstandsbekämpfung im zweiten Tschetschenienkrieg an lokale Sicherheitskräfte delegiert, die sogenannten Kadyrowzy. Diese auf den ersten Blick erfolgreiche Strategie steht aber kaum für nachhaltige Befriedung. Unter Ramsan Kadyrows Gewaltherrschaft entstand ein Privatstaat jenseits der von Präsident Putin ausgebauten föderalen Machtvertikale. Dieser Vasallenstaat wurde unter lautstarken Bekundungen der Loyalität zu Putin und der Zugehörigkeit Tschet-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

tscheniens zur Russischen Föderation errichtet – mit eigenem Sicherheitsapparat, eigener Außenpolitik, eigenen Gesetzen, die teilweise im Widerspruch zur Gesetzgebung Russlands stehen. Kadyrow verfolgt auch seine eigene Islampolitik. Einerseits bekämpft er den islamistischen Untergrund und setzt dabei auf Maßnahmen wie kollektive Bestrafung und Sippenhaft. Damit schwächte er zwar den Untergrund, belebte aber auch riskante Traditionen wie Blutrache neu. Andererseits kultiviert er einen »traditionellen, tschetschenischen, sufischen Islam«, fügt ihm aber rigide Verhaltensnormen hinzu, die eher dem kulturellen Repertoire des Gegners entstammen. In anderen Republiken wie Inguschetien und Dagestan wurde versucht, einen Dialog zwischen Regierung und offizieller Geistlichkeit auf der einen Seite und islamistischer Opposition auf der Gegenseite zu führen. Derzeit befindet sich die Regierung in Dagestan aber wieder in Konfrontation mit salafistischen Gemeinden und hat an die 100 000 Personen, vor allem junge Männer, auf eine »Wahhabiten-Liste« gesetzt. Der »Krieg gegen Wahhabiten«, der dort schon 1999 ausgerufen worden war, hat allerdings dazu geführt, dass immer mehr junge Leute sich zu einem puristischen, streng konservativen Islam bekennen. Im Jahr 2011 ordneten sich bei Umfragen 20 Prozent der jungen Dagestaner einem »moderaten Salafismus« zu. Die aktuelle Zahl der »Salafisten« in Dagestan ist nicht bekannt, aber diese Gemeinde bildet eine relevante Minderheit, von der ein Teil durch staatliche Gewaltmaßnahmen in den Untergrund getrieben wurde.

Ausblick

Nach der Militärintervention in Syrien Ende September 2015 erklärte der IS Russland den Jihad und übernahm die Verantwortung für den Abschuss eines russischen Passagierflugzeugs über dem Sinai mit 224 Todesopfern. Seitdem ist der Kampf gegen die Terrormiliz zu einer Parole russischer Außen- und Sicherheitspolitik geworden,

auch wenn der russische Militäreinsatz in Syrien gewiss nicht nur von diesem Ziel bestimmt ist, sondern die Großmachtrolle Russlands im Mittleren Osten stärken soll. Moskau appelliert beim Thema Terrorbekämpfung an internationale Kooperation. Es stellt sich aber die Frage, wie staatliche Akteure Terrorismus und dessen Bekämpfung definieren und welche Maßnahmen sie dabei bevorzugen. Als potentiellen Partner bei der Terrorbekämpfung sieht Russland zum Beispiel die Türkei, in der auch nordkaukasische Diasporagruppen ansässig sind. Dort wird derzeit der Begriff »Terrorismus« weit ausgedehnt und auf regimekritische Kräfte angewandt. Auch in zentralasiatischen Staaten, mit denen Moskau sicherheitspolitisch verstärkt in eurasischen Regionalorganisationen kooperiert, wird Kritik an der Regierungsführung gern als »Extremismus« stigmatisiert und bekämpft, besonders dann, wenn sich diese Kritik auch religiöser Argumente bedient.

Auf seinem Staatsgebiet im Nordkaukasus favorisiert Russland militärische Einsätze, wenngleich in präziserer, selektiver und gezielterer Form im Vergleich zur unverhältnismäßigen Gewalt in den beiden Tschetschenienkriegen, die nahezu in jeder tschetschenischen Familie Todesopfer gefordert hatte. Im Jahr 2009 eingeleitete Reformmaßnahmen, die auf sozioökonomische und politische Krisenursachen zielten, sind zugunsten der Agenda der »siloviki« (Sicherheitskräfte) wieder in den Hintergrund gerückt. Selbst wenn die Gewalt in der Region derzeit abnimmt und zuvor nicht über Russland hinaus ausgestrahlt hat, bleibt die Entwicklung im Nordkaukasus für Europa von Interesse. Allein aus Tschetschenien nämlich sind seit den 1990er Jahren an die 130 000 Personen in europäische Länder emigriert.